

Mit Schwung

Neue Methoden bei Hüft-OPs setzen auf Aktivität der Patienten. Seite 15



Und wie feiern wir jetzt?

Bayern ist Meister, Union bleibt drin. Nur die Partystimmung fehlt. Seite 16

Foto: imago images/Marvin Ibo Güngör



Mieter auf der Straße

Nicht nur in Berlin wird am Samstag demonstriert. Eine der Forderungen: Mieterlass in der Coronakrise. Seite 10

Foto: imago images/IPON

nd neues deutschland

DER TAG

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 18. Juni 2020

75. Jahrgang/Nr. 140

Einzelverkaufspreis 2,10 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Der Konflikt ist vertagt

Simon Poelchau über den Nachtragshaushalt der Koalition

Mit Schulden ist das so eine Sache: Mit ihnen kann man etwas finanzieren, was man braucht, wofür aber das Geld fehlt. Deswegen nehmen Menschen Kredite auf, wenn sie sich etwa ein Auto kaufen, Unternehmen, wenn sie ihr Geschäft erweitern wollen, und Staaten, um in Krisenzeiten Konjunkturprogramme aufzulegen. Das ist auch gut so. Denn Sparen verschärft nur Rezessionen, was spätestens seit der Eurokrise allen einleuchten sollte.

Doch irgendwann müssen die Schulden zurückgezahlt werden. Bundesfinanzminister Olaf Scholz will damit im Jahr 2023 beginnen, also zwei Jahre nach der nächsten Bundestagswahl. Er vertagt damit auch einen zentralen Konflikt in der Coronakrise: die Frage, wer die Rechnung für die ganze Sache zahlen soll. So kann sich Scholz jetzt als guter Sozialdemokrat zeigen, der in der Krise keynesianistische Wirtschaftspolitik aus dem Lehrbuch betreibt und dabei niemandem weh tut.

Es besteht aber die Gefahr, dass das soziale Gewissen der Politiker*innen nach der Wahl nicht mehr so ausgeprägt ist und dann ausgerechnet jene die Zeche zahlen sollen, die vom Konjunkturpaket weniger profitieren. Denn während mit den Milliarden vor allem Unternehmen unter die Arme gegriffen wurde, gibt es bereits Stimmen aus dem neoliberalen Lager, die soziale Leistungen infrage stellen wollen.

Die Coronakrise, die soziale Frage und Verteilungskämpfe werden dieses Land also noch einige Jahre beschäftigen.

UNTEN LINKS

Tiere sind derzeit arg gebeutelt – und zwar nicht nur jene, die den Beutel im Namen tragen, oder jene, die als männliche Exemplare der Ziegen zum Sündenbock gemacht werden. Nein, nicht nur werden sie überall gejagt, geschreddert, gegessen – sie müssen auch noch als Schuldige für menschliches Versagen und Versäumen – zu Verdrängung und Vergessen – herhalten. Adler und Tiger müssen ihre Namen für Kriegshandlungen hergeben. Der Lachs, der ausländische, hat derzeit auch keinen leichten Stand, obwohl doch klar ist, dass die Krone des Virus nur den Menschen krönt, wenn Ersterer sich auf Schneidbrettern, also ausländischen, niederlässt. Aber wo soll das Virus auch hin? Im Himmel Drohnen und Raketen, im Wasser mehr Plaste als Wasser, im Boden Gift und auf ihm ein Schild: »Gehört mir, und ich fackel den Urwald ab, wie es mir gefällt!« Kein Wunder, dass eine der Zufuchten deutsche Schlachthöfe sind. Und da sind dann wieder die anderen schuld, die ausländischen. stf

Erdogan lässt den Tiger los

Türkei startet zweite Militäroperation gegen PKK-Stellungen im Nordirak



Fortsetzung im völkerrechtswidrigen Krieg: »Operation Tigerkralle« gegen die PKK

Foto: AFP/Turkish Ministry of Defense Press Office

Berlin. Ist es ein Ablenkungsmanöver vom eskalierenden Erdgasstreit mit Griechenland? Versucht man, die Aufmerksamkeit vom in der Bevölkerung umstrittenen Einsatz in Libyen umzulenken? Oder will der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan seine zuletzt sinkenden Umfragewerte wieder steigern?

Die Hintergründe der am frühen Mittwochmorgen eingeläuteten »Operation Tigerkralle« gegen PKK-Stellungen im Nordirak sind ebenso unklar wie das Ausmaß oder die geplante Dauer der Operation. Hunderte Soldaten am Boden, vor allem Spezialeinheiten, sollen derzeit mit Luftunterstützung gegen Stel-

lungen der kurdischen Arbeiterpartei PKK im Nordirak vorgehen. Bereits am Montag hatte die türkische Luftwaffe im Zuge der Operation »Adlerklaue« über 80 Luftangriffe in der Region durchgeführt.

Allerdings sind weder die türkische Militärpräsenz im halbautonomen und mehrheitlich kurdischen Nordirak noch Angriffe auf dortige PKK-Stellungen eine Neuheit. Die Türkei betreibt über zehn Militärbasen im Nordirak, mit ausdrücklicher Erlaubnis der regierenden Demokratischen Partei Kurdistans (KDP). Für die Region ist die Türkei der wichtigste Handelspartner. Der Großteil des Güter- und Roh-

stoffhandels geht über die gemeinsame Grenze. Die PKK, die vor allem in der Türkei für die Autonomie der kurdischen Bevölkerung kämpft, ist der regierenden KDP und der sie dominierenden Barzani-Familie ein Dorn im Auge. Ihre Aktivitäten belasten die lukrativen Beziehungen zum Nachbarstaat.

Nicht zuletzt deshalb entwickelt sich in der Region eine immer unübersichtlicher werdende Situation, in der innerkurdische Konflikte ebenso hervorstechen wie die kriegstreiberische Politik Erdogans, der nach Interventionen in Syrien und Libyen im Begriff ist, einen Dreifrontenkrieg anzuzetteln. pma Seite 5

Scholz spuckt in die Hände

Kabinetts beschließt zweiten Nachtragshaushalt / 218,5 Milliarden Euro neue Schulden geplant

Bundesfinanzminister Olaf Scholz will die Schulden zur Finanzierung des Konjunkturpakets ab 2023 über 20 Jahre abtrottern. Wer die Rechnung dann zahlen soll, lässt er offen.

Von Simon Poelchau

Bundesfinanzminister Olaf Scholz gefallen derzeit knackige Formulierungen. Das neue Konjunkturpaket bezeichnete er als »Wumms«, nun legte der häufig unterkühlt wirkende Sozialdemokrat nach und griff dabei in die popkulturelle Spruchekiste. »Jetzt wird in die Hände gespuckt. Wir steigern das Bruttoinlandsprodukt«, zitierte Scholz bei der Vorstellung des am Mittwoch vom Kabinetts beschlossenen zweiten Nachtragshaushaltes einen Klassiker der Neuen Deutschen Welle.

Doch dieses In-die-Hände-Spucken ist nicht ganz billig. Wegen des 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpakets und

Mindereinnahmen aufgrund der Coronakrise möchte die Bundesregierung weitere Schulden in Höhe von 62,5 Milliarden Euro aufnehmen. Zusammen mit den bereits im März beschlossenen 156 Milliarden Euro will die Große Koalition dieses Jahr damit insgesamt 218,5 Milliarden Euro neue Schulden machen. »Das ist eine Menge Geld«, meinte denn auch Scholz. Weniger wäre jedoch nicht genug gewesen, um die Krise zu bewältigen. Zum Vergleich: Im Zuge der Finanzkrise nahm der Bund 2010 44 Milliarden Euro neue Schulden auf.

Die Schuldenquote des Bundes steigt im Zuge des Nachtragshaushaltes von unter 60 auf rund 77 Prozent der Wirtschaftsleistung. Scholz will ab 2023 den Großteil der neuen Kredite über einen Zeitraum von 20 Jahren abtrottern. Seinem Plan muss noch der Bundestag zustimmen.

Wie die Rückzahlung dann finanziert werden soll, habe die

Bundesregierung »noch völlig offengelassen«, monierte die haushaltspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Gesine Löttsch. Die Koalition sehe das Konjunkturpaket als Wahlgeschenk. »Nach der Wahl wird

»Nach der Wahl wird dann die Rechnung präsentiert.«

Gesine Löttsch, Linke

dann die Rechnung präsentiert – da machen wir nicht mit«, warnte Löttsch und erneuerte die Forderung ihrer Partei nach einer Abgabe auf hohe Vermögen.

Der Linkspartei-Kovorsitzende Bernd Riexinger wies unterdessen auf die »erhebliche soziale Schieflage« des Konjunkturpakets hin: »Eltern, Arbeitslose und Pflegekräfte bekommen beispielsweise kaum etwas.«

Derweil werden die wegen der Corona-Pandemie notwendigen Kontaktbeschränkungen noch einige Zeit das Leben in diesem Land bestimmen. Bundeskanzlerin Angela Merkel traf sich am Mittwochnachmittag in Berlin erstmals seit Mitte März wieder mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer. Bei dem Treffen ging es um eine gemeinsame Linie für den weiteren Umgang mit dem Coronavirus.

Im Zentrum der Beratungen stand die Verlängerung des Verbots von Großveranstaltungen bis mindestens Ende Oktober. Dieses soll für solche Veranstaltungen gelten, »bei denen eine Kontaktverfolgung und die Einhaltung von Hygieneregeln nicht möglich« sind, hieß es in einem Formulierungsvorschlag für das Treffen mit Merkel, über das die Nachrichtenagentur dpa im Vorfeld berichtete. Ein Ergebnis der Gespräche stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.

»Abkühlung« im Grenzkonflikt

Entspannung nach Zusammenstoßen indischer und chinesischer Truppen

Delhi. Nach Zusammenstoßen an der Grenze zwischen China und Indien haben sich die Außenminister beider Länder auf eine sofortige »Abkühlung« des Konfliktes verständigt. Sie hätten zugestimmt, mit den Ereignissen im Galwan-Tal »fair umzugehen« und den Frieden in den Grenzregionen im Himalaya zu erhalten, so Peking am Mittwoch. Peking forderte Indien auf, seine Soldaten nicht illegal die Grenze überschreiten zu lassen, Provokationen zu vermeiden und keine einseitigen Handlungen zu unternehmen.

Indien und China machten sich gegenseitig für die Zusammenstöße verantwortlich. Indiens Premier Narendra Modi sagte, die indischen Soldaten seien »nicht umsonst« gestorben. Sein Land wolle Frieden, sei aber »in der Lage, auf Provokationen zu antworten«.

Bei Auseinandersetzungen in der Grenzregion Ladakh waren am Montag erstmals seit Jahrzehnten Soldaten getötet worden. Laut der indischen Armee starben mindestens 20 ihrer Soldaten. Über getötete chinesische Soldaten wurde nichts bekannt. AFP/nd Seite 2

Corona: Verschärfte Verteilungskämpfe

Neue Berliner Linksfraktionsspitze will Hilfen an Arbeitsbedingungen binden

Berlin. Die neu gewählten Vorsitzenden der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Anne Helm und Carsten Schatz, sehen sich gewappnet für die harten Verteilungskämpfe. »Wir dürfen nicht zulasten der öffentlichen Infrastruktur oder der sozialen Sicherungssysteme sparen«, sagt Anne Helm im nd-Interview. Denn eine neoliberal ausgerichtete Infrastruktur funktioniere genau dann nicht, wenn die Menschen am meisten auf sie angewiesen sind. »Das sieht man im Gesundheitswesen«, so Helm weiter.

Man werde darüber reden müssen, wie es mit Kultur, Gastronomie und Tourismus weitergehe. Bereiche, »die in den letzten Jahren nicht nur zum Berliner Wirtschaftsaufschwung beitrugen, sondern auch vielen einen Job boten«, erklärt Carsten Schatz. Die Gewährung weiterer Hilfen sollte auch an gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. »In der Gastronomie reden wir ja oft nicht nur über prekäre Arbeit, sondern faktisch über informelle Arbeit, bei der es nicht mal einen Vertrag gibt«, so Schatz. nic Seite 9

7000 Mitarbeiter in Quarantäne

Corona-Ausbruch im Schlachtbetrieb Tönnies im Kreis Gütersloh

Rheda-Wiedenbrück. Wegen eines Corona-Ausbruchs ist der Schlachtbetrieb bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück gestoppt. Der Kreis machte auch alle Schulen und Kitas bis zu den Sommerferien dicht. 7000 Tönnies-Mitarbeiter sollen in Quarantäne. Betroffen seien alle Personen, die auf dem Werksgelände gearbeitet hätten, sagte der Landrat des Kreises Gütersloh, Sven-Georg Adenauer (CDU), am Mittwoch. Sie würden nun nach und nach auf das Coronavirus getestet. Einen allgemeinen Lockdown für den Kreis gebe es nicht, obwohl die wichtige Marke von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnern in sieben Tagen deutlich überschritten sei.

Zur Ursache des Corona-Ausbruchs sagten Vertreter des Unternehmens, dass Mitarbeiter im Heimaturlaub das Coronavirus eingeschleppt haben könnten. Viele der häufig aus Rumänien und Bulgarien stammenden Beschäftigten hätten die langen Wochenenden für einen Heimaturlaub genutzt, erklärte Gereon Schulze Althoff, Leiter des Pandemie-Stabs bei der Firma Tönnies. dpa/nd Seite 4

